



Hasso Lieber, Ursula Sens

FIT FÜRS SCHÖFFENAMT 2

Handbuch für ehrenamtliche Richterinnen und
Richter in der Strafgerichtsbarkeit | 2. überarb. Auflage



Berliner
Wissenschafts-Verlag

Vorbemerkung

Band 2 führt in die Grundlagen des Strafrechts und den Ablauf des Strafverfahrens ein: Sinn und Zweck der Strafe, Justiz- und Prozessgrundrechte für ein rechtsstaatliches und faires Verfahren, Beweisaufnahme, Beratung und Urteilsfindung, Sanktionensystem und Strafzumessung. Wie der Sachverhalt, über den zu urteilen ist, festgestellt wird, welche Regeln für die Beweisaufnahme gelten, welche Grenzen der Erforschung der „Wahrheit“ gesetzt sind, welche Rechte Angeklagte, Verletzte und Zeugen haben und nach welcher Methode schließlich die gerechte und schuldangemessene Strafe gefunden wird, soll dieses Buch anhand praktischer Beispiele vermitteln.

Dieses Buch ist kein Lehrbuch des Straf- und Strafprozessrechts. Es soll nur Kenntnisse über ein Rechtsgebiet vermitteln, das die Bürger tagtäglich über gedruckte und digitale Medien erreicht. Die Autoren haben sich zum Ziel gesetzt, Schöffen und andere, die mit dem Strafrecht umgehen, mit dessen Grundsätzen vertraut zu machen und – noch etwas anspruchsvoller – Gesellschaft und das Verständnis von Strafrecht einander näherzubringen. Im demokratischen Staat unter der Geltung des Art. 20 GG bezieht das Gesetz seine Legitimität vom Staatsvolk als Souverän. Recht, das nur von wissenschaftlich ausgebildeten Juristen, nicht aber den vom Recht Betroffenen verstanden wird, verliert den Anspruch, gerecht zu sein. „Recht“ ist um Tausende von Jahren älter als „Rechtswissenschaft“; Wissenschaft hat aufzuklären, nicht zu entfremden.

Der Text enthält Verweisungen auf Rechtsprechung und juristische Literatur. Die Hinweise dienen dem Nachweis für die Ausführungen und beantworten die häufig gestellte Frage: „Wo steht das?“ Sie sollen die Leser nicht zu juristischer Denkweise verführen oder dem Buch einen wissenschaftlichen Anstrich geben.

Im Text ist überwiegend von „Schöffen“ die Rede. Fast 50 % der „Schöffen“ bundesweit sind weiblichen Geschlechts. Der Lesbarkeit halber wird der Begriff „Schöffen“ im Plural oder als sog. generisches Maskulinum verwendet. Schöffinnen sind (naturgemäß) in diesen Begriff eingeschlossen.

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	V
Abkürzungsverzeichnis.	XVI

Teil A: Einführung in das Strafrechtssystem	1
---------------------------------------------	---

Kapitel 1 – Was ist Kriminalität und wie entsteht sie?	3
---------------------------------------------------------------	----------

1 Kriminalität: Nicht alles, was missbilligt wird, ist strafbar	3
2 Ursachen kriminellen Verhaltens.	4
3 Hell- und Dunkelfeld: Was wird entdeckt und verfolgt?.	7
4 Nicht nur Gerichte befassen sich mit Kriminalität.	9
5 Der Gesetzgeber bestimmt Strafbarkeit und Verfahren	10

Kapitel 2 – Aufgabe, Sinn und Zweck von Strafrecht und Strafe	12
----------------------------------------------------------------------	-----------

1 Begriff der Strafe.	12
2 Aufgaben des Strafrechts.	13
3 Sinn und Zweck der Strafe.	15

Kapitel 3 – Elemente einer Straftat – Voraussetzungen für eine Verurteilung	18
------------------------------------------------------------------------------------	-----------

1 Phasen der Straftat	19
2 Objektiver Tatbestand	20
2.1 Täter	20
2.2 Täterschaft und Teilnahme.	21
2.3 Tathandlung, Erfolg und Tatmodalitäten	22
2.4 Tatobjekt	23
2.5 Unterlassen	23
2.6 Kausalität	24
2.7 Versuch	25
3 Subjektiver Tatbestand	26
3.1 Vorsatz.	26
3.2 Fahrlässigkeit	27

3.3 Grenzfälle zwischen Vorsatz und Fahrlässigkeit	27
4 Rechtswidrigkeit und Rechtfertigungsgründe	29
5 Schuld, Schuldausschließungs- und Entschuldigungsgründe	32
6 Strafausschließungs- und Strafaufhebungsgründe	36
7 Irrtum.	37
7.1 Irrtum über den Tatbestand	37
7.2 Irrtum über das Verbotene des Tuns	38
Teil B: Grundlagen des Strafverfahrens	39
Kapitel 1 – Ablauf und Aufgaben des Strafverfahrens	41
Kapitel 2 – Verfassungsrechtliche Grundsätze des Strafverfahrens	43
1 Allgemeine Grundrechte	43
2 Justizgrundrechte.	44
2.1 Gesetzlicher Richter	44
2.2 Abschaffung der Todesstrafe	44
2.3 Rechtliches Gehör	44
2.4 Keine Strafe ohne Gesetz	44
2.5 Verbot der Mehrfachbestrafung	45
2.6 Folterverbot	46
2.7 Freiheitsentziehung (Richtervorbehalt)	46
3 Verfassungsgleiche Grundsätze	47
3.1 Verhältnismäßigkeit	47
3.2 Partizipationsgrundsatz	47
Kapitel 3 – Prozessgrundsätze	48
1 Öffentlichkeit.	48
2 Mündlichkeit und Unmittelbarkeit.	49
3 Anklageprinzip.	50
4 Amtsermittlungsgrundsatz (Offizialprinzip).	50
5 Legalitäts- und Opportunitätsprinzip.	51
6 Beschleunigungsgrundsatz	52
7 Selbstbegünstigungsprinzip	52

8 Grundsatz des fairen Verfahrens, gerichtliche Fürsorgepflicht	53
9 Unschuldsvermutung.	53
10 Freie Beweiswürdigung.	54
11 Im Zweifel für den Angeklagten	56
12 Güterabwägungen.	56
Teil C: Das Strafverfahren bis zur Hauptverhandlung	59
Kapitel 1 – Ermittlungsverfahren	61
1 Ermittlungsmethoden	62
2 Freiheitsentziehende Maßnahmen zur Sicherung des Verfahrens	65
2.1 Untersuchungshaft.	65
2.2 Einstweilige Unterbringung	66
3 Anklageerhebung oder Einstellung des Verfahrens	66
Kapitel 2 – Zwischenverfahren	68
1 Eröffnung des Hauptverfahrens	68
2 Vorbereitung der Hauptverhandlung	69
Teil D: Die Hauptverhandlung bis zum Beginn der Beweisaufnahme	71
Kapitel 1 – Beteiligte am Strafverfahren	73
1 Staatliche Beteiligte	73
1.1 Gericht, Richter	73
1.2 Staatsanwaltschaft	75
2 Sonstige Verfahrensbeteiligte	75
2.1 Angeklagter	75
2.2 Verteidigung	77
2.3 Verletzter.	78
Kapitel 2 – Beginn der Hauptverhandlung	80
1 Aufruf der Sache bis Verlesung der Anklage	80
2 Vernehmung des Angeklagten zur Sache	81
Kapitel 3 – Kommunikation zwischen den Verfahrensbeteiligten	82
1 Erörterung des Verfahrensstandes	82

2	Verständigung über Ablauf und Ergebnis der Hauptverhandlung . . .	83
2.1	Entwicklung der Verständigung	83
2.2	Zulässige und unzulässige Gegenstände der Verständigung . . .	85
2.3	Zustandekommen der Verständigung	86
3	Grundsätze der Verständigung	88
3.1	Die Prinzipien des Strafprozesses werden nicht verändert	88
3.2	Die Stellung der Schöffen wird nicht beeinträchtigt.	90
3.3	Die Grundsätze der Strafzumessung werden nicht berührt	91
 Teil E: Beweisaufnahme		93
 Kapitel 1 – Allgemeine Grundsätze des Beweisrechts		95
1	Strengbeweis, Freibeweis	95
2	Beweis und Indizien – Haupt- und Hilfstatsachen	96
3	Beweisantrag	98
4	Beweisverbote	99
4.1	Beweiserhebungsverbote	99
4.2	Beweisverwertungsverbote	101
 Kapitel 2 – Beweismittel		104
1	Zeugen	104
1.1	Vernehmung des Zeugen	104
1.2	Pflichten des Zeugen.	105
1.3	Rechte des Zeugen.	107
1.4	Kinder und Jugendliche als Zeugen	108
1.5	Ausnahmen vom Unmittelbarkeitsgrundsatz	109
2	Sachverständige	111
3	Richterlicher Augenschein	112
4	Urkunden.	113
 Kapitel 3 – Fragetechnik		114
1	Allgemeine Regeln.	114
2	Frageformen	117
 Kapitel 4 – Beendigung des Verfahrens vor dem Urteil durch Einstellung		121
 Kapitel 5 – Schlussvorträge und letztes Wort		124

Teil F: Beratung und Urteilsfindung	127
Kapitel 1 – Ablauf der Beratung	129
Kapitel 2 – Tatsachenfeststellung zur Schuld	131
1 Glaubwürdigkeit und Glaubhaftigkeit	131
2 Kriterien der Glaubwürdigkeit	133
3 Kriterien der Glaubhaftigkeit – Aussageanalyse	134
3.1 Aussageanalyse	134
3.2 Körpersprache	138
3.3 Geständnis	138
4 Richterliche Überzeugung	139
4.1 Gesamtschau der Aussagemerkmale.	140
4.2 Gesamtschau der Haupttatsachen	140
4.3 Bewertung von Indizien	141
4.4 Rechtliche Würdigung der Tat.	142
4.5 Fehltriteile	143
Kapitel 3 – Abstimmung und Urteil	145
1 Abstimmung über Verfahrensfragen	145
2 Abstimmung über die Schuld (Tatnachweis)	145
3 Abstimmung über die Rechtsfolgen	147
Teil G: Strafzumessung	149
Kapitel 1 – Sanktionensystem	151
1 Sanktionen ohne Strafcharakter	151
1.1 Einstellung des Verfahrens	151
1.2 Verwarnung mit Strafvorbehalt	151
1.3 Absehen von Strafe	153
2 Geldstrafe, Ersatzfreiheitsstrafe	153
3 Freiheitsstrafe	155
4 Nebenstrafen, Nebenfolge, Einziehung	158
5 Maßregeln der Besserung und Sicherung	160
5.1 Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus	160
5.2 Unterbringung in einer Entziehungsanstalt	161
5.3 Unterbringung in der Sicherungsverwahrung	161

5.4 Führungsaufsicht	162
5.5 Berufsverbot	163
5.6 Entziehung der Fahrerlaubnis	164
Kapitel 2 – Aufgaben und Methode der Strafzumessung	165
1 Festlegung der Straftat	165
2 Festlegung des Strafrahmens.	166
2.1 Gesetzlicher Strafrahmen der Freiheitsstrafe	166
2.2 Verschiebungen des gesetzlichen Strafrahmens.	166
2.3 Gesetzlicher Strafrahmen der Geldstrafe und Verschiebung	172
3 Einordnung der Schuld in den Strafrahmen	173
4 Präventionsentscheidung.	176
5 Prognoseentscheidungen	177
6 Strafzumessung bei mehreren Straftaten.	179
6.1 Tateinheit, Tatmehrheit	179
6.2 Gesamtstrafe.	179
6.3 Geldstrafe neben Freiheitsstrafe.	180
7 Weitere Entscheidungen	180
7.1 Anrechnung vorläufiger Freiheitsentziehung und Maßregeln.	180
7.2 Kosten und notwendige Auslagen	181
7.3 Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen	181
Kapitel 3 – Praktischer Fall: Wie findet die Kammer die richtige Strafe?	183
Teil H: Berufungs- und Jugendstrafverfahren	187
Kapitel 1 – Besonderheiten des Berufungsverfahrens	189
1 Gegenstand der Berufungsverhandlung	189
2 Verlesung des Urteils erster Instanz	189
3 Anwesenheit in der Berufungsverhandlung	189
4 Vernehmung zur Sache.	190
5 Reihenfolge der Schlussvorträge.	190
6 Strafzumessung: das Verschlechterungsverbot.	190
Kapitel 2 – Besonderheiten des Jugendstrafverfahrens	192
1 Voraussetzungen	192

2	Öffentlichkeit.	192
3	Erziehungsberechtigte und gesetzliche Vertreter.	193
4	Jugendgerichtshilfe.	193
5	Vorläufige Freiheitsentziehung.	193
6	Sanktionen, Erziehungsgedanke	194
	6.1 Erziehungsmaßnahmen	194
	6.2 Zuchtmittel.	195
	6.3 Jugendstrafe	196
	Hinweise für die Praxis.	199
	Links zu Internetquellen, Literaturempfehlungen	201
	Partizipation in der Justiz (PariJus).	203
	Sachverzeichnis.	204

Partizipation in der Justiz (PariJus)

Die Kenntnisse über Wirkung und Einfluss der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter sowie der weiteren ehrenamtlich in der Justiz Tätigen sind in Wissenschaft, Rechtspolitik, Medien und Rechtskunde wenig ausgeprägt.

PariJus wurde im August 2016 gegründet mit dem Zweck,

1. Wissenschaft und Forschung über die Teilhabe der Zivilgesellschaft an Rechtsprechung und Streitschlichtung zu fördern durch
 - Unterstützung rechtstatsächlicher Untersuchungen zum Mitwirkungs- und Entscheidungsverhalten ehrenamtlicher Richterinnen und Richter sowie von Schiedspersonen,
 - Forschung über eine erweiterte und verbesserte Mitwirkung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter,
 - Beratung der gesetzgebenden Organe,
 - Aufbau einer Literatur- und Rechtsprechungsdatenbank zur Unterstützung der Arbeit wissenschaftlicher Institutionen.
2. Beratung und Fortbildung von Multiplikatoren in Bildung und Erziehung, kommunalen Verwaltungen und gesellschaftlichen Organisationen sowie der Medienverbände zu fördern durch
 - Unterstützung von Bildungsträgern bei der Konzeption und Planung von Seminaren,
 - Seminarangebote für Referenten, Lehrer und Journalisten.
3. gemeinnützige gesellschaftliche sowie öffentlich-rechtliche Körperschaften in Wissenschaft, Justiz und Politik für eine Zusammenarbeit zu gewinnen.
4. die Partizipation in der Justiz zu stärken und auszuweiten, insbesondere durch
 - Öffentlichkeitsarbeit,
 - Auslobung eines Preises für wissenschaftliche und allgemeinbildende Publikationen, Initiativen auf dem Gebiet bürgerschaftlicher Teilhabe in der Justiz sowie Personen, die sich um den Gedanken der Partizipation in besonderer Weise verdient gemacht haben.